
Frage 1

Welche Initiativen plant Ihre Partei auf EU-Ebene zum Schutz der unantastbaren Würde des Menschen bei diesen zentralen ethischen Problemen: Kinderhandel durch Leihmutterschaft, Selektion und Tötung behinderter Menschen bis kurz vor der Geburt, sowie Ausbeutung von Frauen durch „legale“ Prostitution?

Wir kämpfen in ganz Europa dafür, dass Frauen selbst über ihren Körper bestimmen können. Deshalb finden wir es richtig, dass die erzwungene Leihmutterschaft unter dem Straftatbestand des Menschenhandels gefasst wird. Reproduktive Rechte, inklusive dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch und dem ungehinderten Zugang dazu, sind Menschenrechte und müssen für alle und in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten. Wir fordern das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-Grundrechtecharta zu verankern. Zu diesen Rechten gehört auch, dass die reproduktive Gesundheit für alle sichergestellt ist: das beinhaltet, eine selbstbestimmte Familienplanung, den uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln und eine umfassende Sexualaufklärung, die alle sexuelle Identitäten respektvoll thematisiert.

Frage 2

Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind Grundlage für ein gelingendes Europa. Es soll ein Ort des sozialen Zusammenhalts sein. Welche Chancen sehen sie in einer freien Migration und welchen Beitrag diesbezüglich leistet ihre Partei für ein solidarisches Europa?

Das Leid, das Menschen auf Fluchtrouten nach Europa und an den europäischen Außengrenzen erleben, ist unerträglich. Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtungen einhält. Jede*r Schutzsuchende hat das Recht auf ein faires und rechtsstaatliches Verfahren. Wir wollen, dass Menschen an den Außengrenzen schnell registriert, angemessen versorgt und dann solidarisch in Europa verteilt werden. Die Bedürfnisse der Geflüchteten (wie z.B. Familienbezug, Sprachkenntnisse, Berufsausbildungen) und die Kapazitäten in den Kommunen müssen hier besser beachtet werden. Ein gemeinsames, solidarisches Europa bedeutet auch, dass Menschen schnell Zugang zu Sprach- und Integrationskursen bekommen. Wir wollen, dass Geflüchtete schnellstmöglich eine Arbeit aufnehmen können. Dafür braucht es in den Kommunen resilientere Versorgungsstrukturen, daher fordern wir den Ausbau des Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds.

Frage 3

Welchen Plan hat ihre Partei, wie in Zukunft Frieden in der Ukraine und mit Russland nachhaltig her- und sichergestellt werden kann – und zwar jenseits von Aufrüstung und Militarisierung?

Ein nachhaltiger Frieden in Europa setzt die Befolgung völkerrechtlicher Grundsätze voraus, nicht zuletzt die gegenseitige Achtung der territorialen Integrität. Russland hat diesen Frieden durch seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine gebrochen. Deshalb stehen wir fest an der Seite der Ukrainer*innen in ihrem Kampf für Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie. Gerade weil wir Frieden auf dieser Grundlage wollen, unterstützen wir die Ukraine umfassend - finanziell, wirtschaftlich, humanitär und auch militärisch.

Jenseits der derzeit nötigen militärischen Unterstützung der Ukraine sehen wir in der Stärkung von Zivilgesellschaften und Demokratie den Weg zu einem Frieden. Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge in Russland einsetzen. Wir sehen uns als Freund*innen und Partner*innen derer, die ein freies, friedliches und demokratisches Russland wünschen. Die Ukraine wollen wir auf ihrem Weg in die EU unterstützen. Wir setzen dabei auf Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung sowie eine aktive Rolle der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der Ukraine finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen.

Frage 4

Die Landwirtschaft steht im Zentrum von Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft der Europäischen Union. Welche Aussagen treffen Sie zur Förderung einer nachhaltigen und regionalen Landwirtschaft? Mit welchen Vorhaben wollen sie eine nachhaltige und regionale Landwirtschaft fördern?

Wir GRÜNE streben eine grundsätzliche Reform der EU-Agrarpolitik an, bei der konsequent Leistungen für das Gemeinwohl – insbesondere Maßnahmen für Klima, Wasser, Boden, Biodiversität, Gesundheit und Tierschutz – honoriert werden. Alles nach der Maxime: Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Denn nur eine Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur wirtschaftet, ist zukunftsfähig. Die nachhaltigste Form der Landwirtschaft, den Ökolandbau, wollen wir zum Leitbild europäischer Agrarpolitik machen. Die regionale Landwirtschaft wollen wir stärken. Wir brauchen zielführende Förderungen zur ländlichen Entwicklung und ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten über LEADER sowie handhabbare Regelungen z.B. zur Verarbeitung vor Ort, z.B. über praktikable Hygienevorschriften. Denn die fehlenden Verarbeitungsbetriebe wie Bäcker*innen oder Metzger*innen, in den ländlichen Räumen, sind aktuell Hemmschuh für regional geschlossene Wertschöpfungsketten.

Frage 5

Befürwortet Ihre Partei einen gesetzlichen europäischen Mindestlohn (und falls ja, in welcher Höhe bzw. auf welcher Berechnungsgrundlage)?

Ja. Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert und Würde von Arbeit. Wir wollen, dass die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird und die EU-Empfehlung, den Mindestlohn an 60 Prozent des Medianlohns zu koppeln, verbindlich gemacht wird. So würde der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten spürbar steigen und auch in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte bieten. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft stärken. Damit die Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit Arbeit sich immer lohnt und eine Absicherung im Rentenalter gewährleistet ist.

Frage 6

Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei konkret vor, um den Gender Care Gap europaweit zu verringern und Männer verstärkt an unbezahlten Sorgetätigkeiten (z.B. Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Hausarbeit, Ehrenamt) zu beteiligen?

Pflegende Angehörige und Nahestehende wollen wir besser unterstützen und entlasten. Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass pflegende Angehörige, in der Mehrzahl sind es Frauen, gut sozial abgesichert sind und nicht aufgrund von Pflegaufgaben in die Altersarmut geraten. Ihre in der Pflege erworbenen Fähigkeiten sollen anerkannt werden, und der Zugang zu Weiterbildungsangeboten soll gefördert werden. Die Vorgaben aus der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir auch in der Pflege umsetzen. Weiterhin wurde vom Europäischen Rat eine Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen, um die

Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich ermöglichen, Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Wir dringen weiter auf die Umsetzung und Ausweitung dieser Richtlinie. So wollen wir vor allem Väter dazu ermutigen, Elternzeit zu nehmen.

Frage 7

Wie will Ihre Partei die politische Bildung stärken und voranbringen?

Politische Bildung ist in Zeiten von Falschnachrichten, vorsätzlicher Manipulation digitaler Debatten und demokratiefeindlichen Strömungen wichtiger als je zuvor. Wir müssen die digitale Medienkompetenz der Menschen stärken und den differenzierten, sachlichen Diskurs sowie die Fähigkeit zum kritischen Denken fördern, um Desinformationen entgegenzuwirken.

Dafür streben wir eine Europäische Zentrale für politische Bildung an, die Bürger*innen ein breites Spektrum an digitalen Ressourcen bereitstellt, Ereignisse einordnet, ein tieferes Verständnis für die politische Landschaft fördert und als zuverlässige Informationsquelle dient. Außerdem wollen wir neben Forschung und Aufklärung auch eine Vernetzung europäischer Akteure vorantreiben. Die Zentrale soll unabhängig agieren und sich strengen wissenschaftlichen und ethischen Kriterien verpflichten. Dadurch möchten wir einen wirksamen Beitrag zur Stärkung demokratischer Werte und zur Förderung eines kritischen Bewusstseins in Europa leisten.

Frage 8

Welchen Schwerpunkt im Bereich europäischer Jugendpolitik möchte Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode setzen?

Es ist gut, dass jetzt in Deutschland Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir wollen, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen ermöglicht wird. Projektförderung über Erasmus+ muss gestärkt und vereinfacht werden, insbesondere für junge Menschen in unseren östlichen Nachbarländern wie Polen oder Tschechien. Das Engagement von jungen Europäer*innen ist elementar für die Stärke unserer Gemeinschaft – z.B. für die Flüchtlingshilfe, Demokratieförderung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen, gerade für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen, z.B. mit einer angemessenen Aufwandsentschädigung. Die für die Durchführung von Freiwilligendiensten essentiellen Vereine, Verbände und Organisationen wollen wir stärken. Mit einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ bzw. EYE – European Year for Ecology) ermöglichen wir jungen Menschen den interkulturellen europäischen Austausch.